

Seit Wochen wird in verschiedenen Kreisen der GWÖ lebhaft über die vielzitierten 30 Gründe, warum Christian Felber sich nicht impfen lässt, kontrovers diskutiert. Uns ist es deshalb wichtig, drei Aspekte zu betonen, die aus unserer Sicht in der bisherigen Auseinandersetzung zu kurz gekommen sind. Was wir bewusst *nicht* möchten, ist, eine erneute Diskussion über die 30 einzelnen Gründe zu entfachen. Das wurde an anderer Stelle von echten Fachleuten bereits ausreichend getan (zum Beispiel hier: <https://www.moment.at/story/corona-impfung-christian-felber>). Bei den drei von uns ins Spiel gebrachten Punkten geht es vielmehr darum, die Begriffe Freiheit, Solidarität und faktenbasiertes Handeln in einen Gemeinwohl-Kontext zu rücken und vor dem Hintergrund einer aktuell drohenden Spaltung der Bewegung neu zu beleuchten.

Wir, die Unterzeichnenden, sind UnternehmerInnen aus dem erweiterten Rhein-Main-Gebiet, die sich seit Jahren aus den verschiedenen GWÖ-Gremien wie Regionalgruppe, Peer-Group-Evaluierung, Hessen-Treffen und dem HSR-Verein kennen, und sich jetzt in mehreren Jitsi-Sessions spontan zusammengefunden haben, weil ihnen das Thema unter den Nägeln brennt.

Freiheitsbegriff:

Die folgende Haltung möchten wir genauer betrachten: Wer gesund ist oder gesund lebt und sich stark fühlt, soll keine Einschränkungen erfahren.

Allein Hartz-IV-EmpfängerInnen haben jedoch schon deswegen eine geringere Lebenserwartung, weil sie sich nicht so gesund und gut ernähren können wie der/die durchschnittliche Deutsche. Ein solcher Freiheitsbegriff ist eher ich-bezogen, macht „Einschränkungen“ an Einschränkungen im eigenen Lebensstil fest. Zusätzlich gibt es hier eine sozialdarwinistische Grundierung: Wer stark ist oder sich so fühlt oder vorgibt es zu sein, soll nicht eingeschränkt werden.

Tatsächlich waren die sog. bürgerlichen Freiheiten wie Rede- und Meinungsfreiheit zu keiner Zeit eingeschränkt. Schon vier Wochen nach dem ersten Lockdown fanden wieder Demonstrationen statt. Gerichte haben innerhalb kürzester Zeit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit entweder bestätigt oder neu definiert. Die Gewaltenteilung hat also grundsätzlich so gut oder schlecht funktioniert wie immer. Die Freiheit, für die z. B. Menschen in Weißrussland oder in Myanmar kämpfen, war zu keiner Zeit gefährdet.

Wir stehen für einen Freiheitsbegriff, der die Sphäre der Mitmenschen - nicht nur aus dem eigenen Milieu - mitberücksichtigt und in den Raum und die Möglichkeiten der eigenen Handlungsperspektive mit einbezieht.

Solidarität:

Die LokführerInnen streiken für die ZugbegleiterInnen. Menschen fahren mit Booten aufs Mittelmeer und retten Geflüchtete. Weiße AmerikanerInnen demonstrieren zusammen mit schwarzen AmerikanerInnen gegen Rassismus. Alle diese Menschen riskieren hier etwas: ihren Lohn, ihren Arbeitsplatz, ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Freiheit. Sie haben etwas, womit sie andere Menschen, deren Schicksal sie nicht kalt lässt und die über keine oder über weniger Privilegien verfügen, unterstützen können. Sie gehen Risiken ein, sie sind bereit, dafür etwas ab- und ggf. aufzugeben, um diejenigen, mit denen sie sich solidarisieren, zu stärken.

Solidarisch sein im Kontext der Pandemie hieße hier, alles zu tun, um denen, die über keine Stimme, keine Lobby, keine Ressourcen und kein engmaschiges öffentliches (oder privates) Gesundheitssystem verfügen, die Möglichkeit zu verschaffen, nicht von einem potentiell tödlichen Virus befallen zu werden. Auf gesunde oder wie auch immer zu definierende individuelle, ganzheitliche Lebensweise zu verweisen, ist in diesem Zusammenhang nicht hilfreich und blendet die Wirklichkeit der meisten Menschen auf diesem Planeten aus. Verständnis für individuelle Entscheidungen einzufordern, deren mögliche Konsequenzen das Krankenhauspersonal, alte, chronisch kranke oder psychisch labile Menschen tragen müssen, hat schon deswegen nichts mit Solidarität zu tun, weil all diese Menschen sich das nicht aussuchen können.

Wer die Einschränkungen, die uns durch die Pandemie auferlegt werden, jetzt schon als unzumutbar für sich selbst empfindet, wird die Herausforderungen durch den bevorstehenden Klimawandel sicher noch weniger mittragen wollen. Indem wir uns unserer Stellung und der Vielfalt der damit verbundenen Möglichkeiten bewusst werden und bereit sind, diese ggf. zu riskieren, können wir solidarisch sein mit denen, deren Anliegen auch das unsere sein könnte, wären wir nicht zufällig in Westeuropa aufgewachsen.

Wir stehen für eine Solidarität, die auf Empathie und dem klaren Wissen um die systemischen Ungleichheiten basiert.

Erkenntnisbasiertes Handeln:

Welcher Mensch mit einer Berufserfahrung von z. B. 10 Jahren glaubt allen Ernstes, dass sich die Kenntnisse und Fähigkeiten, die er sich in dieser Zeit in seinem gewählten Beruf angeeignet hat, durch einen anderen Menschen mit ein paar Tagen Internetrecherche aufholen lassen, um sodann eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können?

Welchen Wert hat Erfahrung und eine lange, möglichst viele Aspekte des jeweiligen Betätigungsfeldes beleuchtende Ausbildung bei solch einer Herangehensweise? Faktisch wird hier jahrelange Erfahrung, Forschung und Ausbildung entwertet in dem Glauben (oder der Hybris), alles schon nach ein paar Tagen selektiver Recherche verstanden zu haben. Hier findet somit nicht nur eine Entwertung von Wissen, sondern auch von Personen statt, die sich über Jahre hinweg mit den jeweiligen Themen beschäftigen. Das Gefühl von Indifferenz und Ohnmacht führt so auf tragische Weise in die Überhöhung des eigenen Selbst über andere, denen Erfahrung und Wissen abgesprochen wird. "Wofür die Jahre brauchen, hab' ich in ein paar Tagen mit Google und Wikipedia geschafft." Bei Lichte betrachtet scheint hier einer der Grundwerte der Aufklärung, nämlich Handeln auf der Basis des (mir bekannten) Wissens, vollkommen in Frage gestellt zu werden. Die eigene Befindlichkeit tritt hier als alleiniges Entscheidungskriterium in den Vordergrund.

Wir stehen für transparente kritische Prozesse der Wissensvermittlung bei gleichzeitigem Wissen um die eigene Begrenztheit.

Es gibt bestimmt viel zu kritisieren an den Prozessen rund um das Pandemiegeschehen. Für uns zählt jedoch die Perspektive, aus der wir kritisieren. Neben unserer eigenen Befindlichkeit versuchen wir auch - sofern möglich - die Perspektiven von Menschen mit einzubeziehen, die keine laute Stimme oder keine materiellen Möglichkeiten haben.

Die Unterzeichnenden:

Jochen Lindenfeld, Agentur Lindenfeld

Christiane Hütte, Hotel Villa Orange

Josef Rother, GEFAK mbh

Andreas Fischer, Ananjo Informatiker GmbH